

Prof. Dr. Gesine Schwan, Prof. Dr. Gustav Horn und Prof. Dr. Henning Meyer

Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der SPD Grundwertekommission

Eine Politik für neues Vertrauen: Wie die Sozialdemokratie wieder Wahlen gewinnen kann

Einleitende Bemerkungen

Die Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 endete mit dem schlechtesten Ergebnis der SPD seit dem 19. Jahrhundert. Bei der Aufarbeitung dieses Resultats und der Analyse seiner Ursachen ist es unerlässlich, nicht nur kurzfristige Trends, situative Stimmungen und Versäumnisse im Wahlkampf, sondern **vor allem jene langfristigen Entwicklungen zu berücksichtigen, die im hektischen Alltag der Politik oft unbemerkt bleiben**. Nur so lassen sich die tiefliegenden strukturellen Gründe für die gegenwärtige Krise der Sozialdemokratie umfassend verstehen und daraus zielführende Schlüsse ziehen.

In diesem Impuls aus der Grundwertekommission analysieren wir die strukturellen Ursachen der sozialdemokratischen Krise und skizzieren alternative Strategien sozialdemokratischer Politik. **Eine erfolgreiche Erneuerung als Voraussetzung zukünftiger Wahlerfolge muss demnach auf neu zu erringendem Vertrauen gründen – Vertrauen in unser**

politisches Programm, in unser Führungspersonal und nicht zuletzt in die SPD als Partei. Vertrauen lässt sich nur langsam aufbauen, aber sehr schnell verspielen. Wenn es verloren gegangen ist, können nur Personen es zurückgewinnen und erst dann, wenn sie und die Institutionen, in deren Namen sie tätig sind, vertrauenswürdig gehandelt haben. Deshalb ist ein präziser Blick auf die Bedingungen wichtig, unter denen Vertrauen zurückgewonnen werden und politische Erneuerung gelingen kann.

Hintergrund der Misere

In den 1990er Jahren hatten sozialdemokratische Parteien quer durch Europa mit einer Serie von Misserfolgen an den Wahlurnen zu kämpfen. Der daraus resultierende Reformprozess, oft als „Dritte Wege“ bezeichnet, führte zu zwei zentralen Ergebnissen:

1. Angesichts des Vormarschs der neoliberalen Globalisierung wurde der eigene Politikansatz zunehmend als veraltet wahrgenommen. Dies führte zu **unterschiedlichen Graden von Flexibilisierung – insbesondere in der Wirtschaftspolitik – und zu einer inhaltlichen Schwächung des sozialdemokratischen Profils.**
2. **Zudem entstand die Strategie, durch gezielte Ansprache bestimmter gesellschaftlicher Gruppen „in Summe“ eine breitere Wählerschaft zu erreichen – also „Wahlkoalitionen“ zu bilden und auf diese Weise Wahlen zu gewinnen.** Diese sogenannte „Big-Tent“ Strategie hatte zur Folge, dass neue politische Inhalte maßgeblich aus wahltaktischen Erwägungen und nicht aus Überzeugung entstanden, um punktuelle Interessenkoalitionen zu schmieden.

Diese Anpassungen hatten in der kurzen Frist vordergründig positive Wahleffekte, legten jedoch gleichzeitig die Grundlage für tiefgreifende inhaltliche Probleme, mit denen die Sozialdemokratie bis heute zu kämpfen hat. Grundsätzlich verschob sich durch die Reformen des „Dritten Weges“

das sozialdemokratische Politikverständnis weg von einem „transformativen“ hin zu einem „transaktionalen“ Ansatz. Der transformative Politikansatz basiert auf dem traditionellen sozialdemokratischen Zukunftsversprechen: Wir wollen in Zukunft in einer besseren Gesellschaft leben und erklären, wie wir dort hinkommen. Diesem Ziel folgte sozialdemokratische Politik bis in die 1990er Jahre. Der seither überwiegend praktizierte transaktionale Ansatz versteht Politik hingegen vielmehr als Angebot auf dem Wählermarkt, auf dem die politischen Präferenzen spezifischer Wählergruppen identifiziert und bedient werden. Diese Politik beruht nicht auf wertebezogenen Überzeugungen, sondern auf dem Tauschgeschäft politischer Angebote gegen Wählerstimmen. Damit stellt transaktionale Politik einen Bruch mit dem programmatischen Selbstverständnis dar, das die SPD seit dem Godesberger Programm geprägt hat.

Dieser Strategiewechsel erfolgte in einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem Politik sowie Politikerinnen und Politiker, aber auch Wählerinnen und Wähler im öffentlichen Diskurs zunehmend als im (mikro-)ökonomischen Sinne „rational“ handelnde Akteure wahrgenommen wurden. Ihnen wurde unterstellt,

ausschließlich den eigenen kurzfristigen Vorteil im Blick zu haben („Wahlgeschenke“ gegen Wahlerfolg) und dabei langfristige Erfordernisse oder grundlegende Überzeugungen zu vernachlässigen. **Aus dieser Ökonomisierung des Politikverständnisses entstand langfristig – zunächst weitgehend unbemerkt – ein generelles Misstrauen gegenüber der Politik.** Da man ihr kein verantwortliches und zugleich effektives Handeln mehr zutraute, entstand der Ruf nach engen gesetzlichen, im Zweifelsfall sogar verfassungsrechtlichen Begrenzungen ihres Handlungsspielraums. Der Ökonomisierung der Politik folgte also deren Juristifizierung. Die prominenteste Ausprägung dieser Entwicklung war die Etablierung einer äußerst restriktiven Schuldenbremse.

Die SPD hat diesen gesellschaftlichen Tendenzen, die ihrem Gründungsgeist zuwiderlaufen und am Ende schmerzhaft Einschränkungen des politischen Handlungsspielraums zur Folge hatten, in weiten Teilen nachgegeben. Diese Verschiebung im Selbstverständnis sozialdemokratischer Politik führte **mittel- und langfristig zu mehreren Problemen:**

- **Wahlentscheidungen beruhen nicht in erster Linie auf rein**

„rationalen“

Interessenabwägungen. Eine Reduzierung der Wählerschaft auf einzelne sozioökonomische Gruppen mit vermeintlich homogenen Interessen greift zu kurz und wird der gesellschaftlichen Komplexität nicht gerecht. So berücksichtigen beispielsweise viele Rentnerinnen und Rentner in ihren Entscheidungen auch die Belange der Enkelgeneration – und umgekehrt.

- **Zudem kann die einseitige Betonung bestimmter Gruppen zu unerwünschten Effekten wie Ausgrenzung oder Entfremdung und umgekehrt zu einer bornierten Identitätspolitik führen.** Wird etwa vorrangig die „arbeitende Mitte“ adressiert, besteht die Gefahr, dass sich Rentner, Studierende oder andere Bevölkerungsgruppen nicht ausreichend mitgemeint oder angesprochen fühlen.
- **Die Interessen spezifischer Gruppen sind oft uneinheitlich und unterliegen schnellen Stimmungswechseln.** Das kann zu inhaltlichen Spannungen führen, wenn das politische Angebot nicht mehr mit der Nachfrage

übereinstimmt. Reagieren Parteien hingegen kurzfristig auf Stimmungsänderungen, drohen sie, als inhaltlich beliebig und „Fähnchen im Wind“ wahrgenommen zu werden. Sie laufen Gefahr beliebig zu werden.

- **Milieuzugehörigkeit insgesamt verliert an Bindungskraft.** Die Gesellschaft differenziert sich in vielerlei Hinsicht immer weiter aus. Die alten Strukturen haben sich in zahlreiche Subgruppen aufgelöst, die sich durch Lebensstile, Werte und Konsumverhalten unterscheiden. Dies bedeutet, dass transaktionale Politik immer kleinteiliger bzw. unübersichtlicher wird und somit zunehmend an Vertrauen verliert.
- **Die Partei insgesamt wird zunehmend als inhaltlich richtungslos und beliebig wahrgenommen.** Im besten Falle, wenn es doch eine innere Stimmigkeit der Politik gibt, fehlt lediglich ein profilierter „Überbau“ einer wünschenswerten Gesellschaft, die als Nordstern sozialdemokratischer Politik angestrebt werden sollte. Im schlimmsten Fall stehen die vielen einzelnen politischen Inhalte in Zielkonflikten zueinander, was

wiederum zulasten des Vertrauens, der Kohärenz und des inhaltlichen Profils geht.

- **Daran anschließend stellt sich die Frage, was überhaupt das Sozialdemokratische an diesem Ansatz ist.** Einen politischen Bedarf, dem das politische Angebot folgt, können auch andere Parteien bedienen. Was sollte denn unser „Alleinstellungsmerkmal“ in diesem ökonomisierten politischen Wettbewerb sein? Bedienen wir nur bestimmte Interessen und blenden andere aus? Ist das „Alleinstellungsmerkmal“ lediglich eine eigene Schnittmenge, weil etwa die Union keinen Mindestlohn möchte und die Linke sich nicht um wirtschaftliche Interessen kümmert?
- **Wie lässt sich der Anspruch, Volkspartei zu sein, mit einer transaktionalen Herangehensweise an Politik vereinbaren?** Machen wir tatsächlich noch Politik für die Breite der Gesellschaft, wenn der Grundansatz in der Bedienung von Partikularinteressen besteht?

Ein teilweise parallel verlaufender Prozess hat diesen Trend nicht nur ermöglicht, sondern aktiv verstärkt: **Die**

fortschreitende Transformation der sozialdemokratischen Organisation von einer breit verankerten sozialen Bewegung hin zu einer professionalisierten Wahlpartei (*electoral professional party*). Diese Entwicklung, kombiniert mit einem über Jahrzehnte anhaltenden Rückgang der SPD-Mitgliederzahlen, hat die **gesellschaftliche Verankerung der Partei deutlich geschwächt.** Damit ging auch ein Verlust an Sensibilität für übergreifende gesellschaftliche Entwicklungen, Stimmungen und Brüche einher.

In ihrer Zeit als soziale Bewegung war die Sozialdemokratie tief in den Alltagswelten ihrer Anhängerinnen und Anhänger präsent – nicht nur allgemeinpolitisch, sondern auch kulturell, bildungspolitisch und organisatorisch. Sie war selbst Anbieter gesellschaftlicher Infrastruktur: in eigenen Bildungsvereinen, Sportverbänden oder auch in einem breit aufgestellten Mediensystem. Heute kaum mehr vorstellbar: In ihren Hochzeiten unterhielt die Partei über 200 eigene Zeitungen, dazu mehr als 20 Verlage und Druckereien. Diese gesellschaftliche Verankerung diente nicht nur der Information, sondern auch einem lebendigen Zugehörigkeitsgefühl und der sozialen Integration – es war Teil eines gelebten

„sozialdemokratischen Alltags“. Der Rückbau dieser Strukturen, sei es aus politischen, ökonomischen oder strategischen Gründen, hat eine Lücke hinterlassen: Die SPD ist heute weniger Sender gesellschaftlicher Impulse als Reagierende auf einen medial vermittelten Zeitgeist.

All diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass das sozialdemokratische Profil zunehmend an Kontur verloren hat.

Die politischen Angebote zu den jeweiligen Bundestagswahlen basieren häufig nicht auf einem stabilen normativen Fundament, das Partei- und Regierungshandeln umfasst. Manchmal treffen die Narrative den Nerv der Zeit – oft jedoch auch nicht.

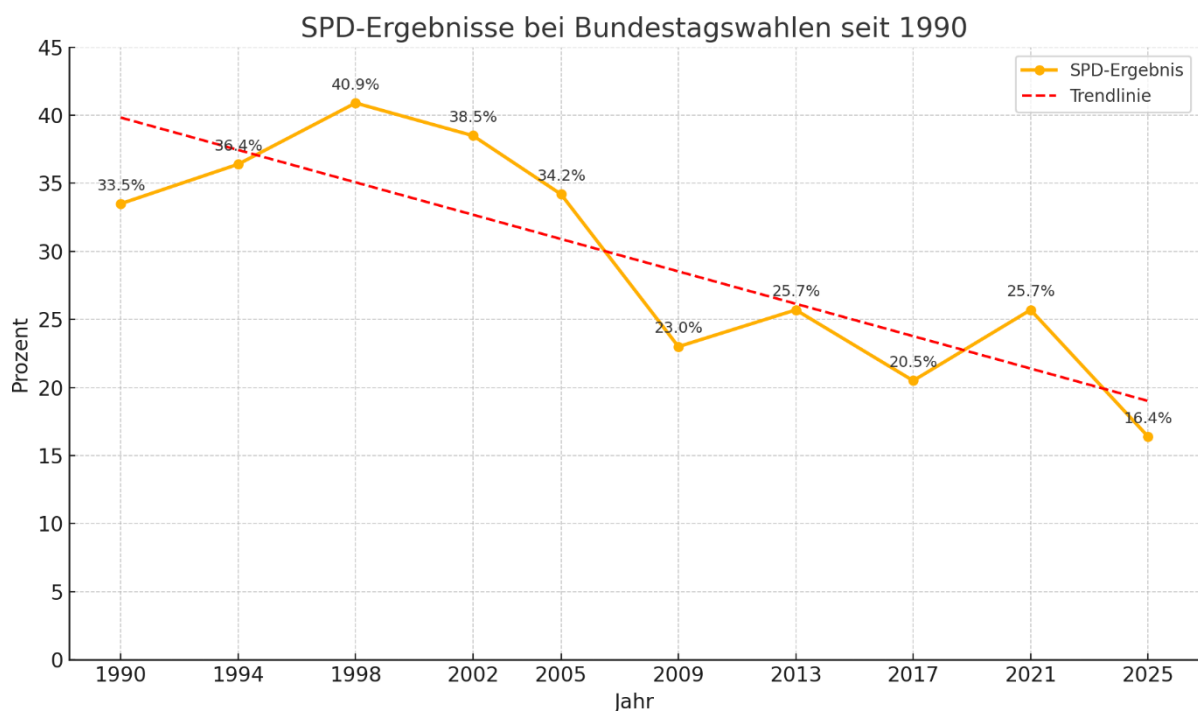
So stellt sich etwa die Frage, warum die „Respekt“ Agenda 2021 eine gewisse Wirkung entfalten konnte, jedoch 2017 und 2025 weitgehend verpuffte. Ein Erklärungsansatz liegt im Kontext der Pandemie: Bei der Bundestagswahl 2021 war vielen Bürgerinnen und Bürgern deutlich bewusst, wer die Gesellschaft am Laufen hält – von der Krankenschwester auf der Intensivstation über Lkw-Fahrer bis zum Supermarktpersonal – es waren die oft übersehenen Heldinnen und Helden des Alltags, die in der Krise sichtbar wurden und gesellschaftliche

IMPULSE AUS DER GRUNDWERTEKOMMISSION

Anerkennung erfuhren. Das Narrativ der „Respekt“ Agenda fiel somit auf einen fruchtbaren Boden. Das war sowohl 2017 als auch 2025 anders.

Kausalitäten lassen sich nur schwer belegen, doch **die beschriebenen**

Entwicklungen korrelieren mit einem fast drei Jahrzehnte währenden kontinuierlichen Abwärtstrend der SPD bei Bundestagswahlen – einem Trend, der nur vereinzelt durch kurzfristige Erfolge unterbrochen wurde (siehe Respekt Agenda 2021).



Auch in anderen europäischen Ländern lassen sich vergleichbare, teils sogar noch drastischere Entwicklungen beobachten. **Zugleich erzielt die Sozialdemokratie auf Landesebene mitunter beachtliche**

Erfolge – etwa im Saarland oder zuletzt in Hamburg. Allerdings fallen manche Landesergebnisse sogar noch schwächer aus als auf Bundesebene.

Mittlerweile stehen in der öffentlichen Wahrnehmung vorwiegend rechtsextremistische Parteien für eine von „Überzeugung“ getragene Politik. Auch wenn diese inhaltlich inkohärent und in ihrer Vision dystopisch ist, gewinnen rechtsextremistische Akteure zunehmend Vertrauen. Offenbar bedienen sie das Bedürfnis eines wachsenden Teils der Gesellschaft nach einer Abkehr von demokratischen Parteien, die oft als unfähig, teilweise korrupt, vorwiegend gewinnorientiert und vor allem als nicht vertrauenswürdig wahrgenommen werden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die zentrale Frage nach einer grundsätzlichen Alternative zum langjährigen Kurs der SPD – und nach **den Bedingungen, unter denen es ihr gelingen kann, eine auf Überzeugung gründende Politik für neues Vertrauen zu entwickeln und durch eine neue politische Praxis wieder mehrheitsfähig zu werden.**

Eine neue transformative Politik

Erfolgreiche Wahlen sind das Ergebnis einer überzeugenden Politik und nicht deren Voraussetzung. Die Sozialdemokratie war immer dann am

stärksten, wenn sie glaubhaft das Versprechen einer besseren Zukunft verkörpert hat. Dafür braucht es eine klare politische Vision, die beschreibt, wie unsere Gesellschaft in Zukunft aussehen soll und in der sich prinzipiell alle Bevölkerungsgruppen wiederfinden können. Notwendig ist die politische Konzeption einer Gesellschaft, die die schwierigen Fragen nicht scheut, sondern aktiv und durchdacht beantwortet. Genau das ist der programmatische Anspruch einer Volkspartei. **Wenn kleinteilige, rein transaktionale Politik zunehmend in eine Sackgasse führt, dann liegt der Gegenentwurf in einem transformativen politischen Ansatz, der integrierend wirkt, auf das Gemeinwohl aus ist und die gesamte Gesellschaft voranbringt.**

Die einzelnen Politikinhalte müssen sich konsequent an einer übergeordneten Vision orientieren und glaubhaft vermitteln, dass sie Schritte in die angestrebte Richtung darstellen. Hierzu bedarf es einer klaren konzeptionellen und wertmäßigen Grundlage sowie dazu passender konkreter Maßnahmen. Barack Obama hatte beispielsweise mit seiner „Hope“-Agenda eine starke motivierende Grundlage, die eine Gesellschaft der Hoffnung und neuer Chancen versprach. Allerdings fehlte ihm die konkretisierende Politik, um die Agenda glaubwürdig

umzusetzen. Die Sozialdemokratie steht aktuell vor dem entgegengesetzten Problem: **Trotz vieler überzeugender Einzelmaßnahmen bleibt häufig unklar, in welche Gesellschaft diese münden sollen.** Es mangelt an einem klar definierten, stimmigen und kommunizierbaren konzeptionellen und normativ orientierenden Rahmen.

Was bedeutet das konkret für unser politisches Handeln? Gesellschaftliche Leitbilder und politische Entwürfe stehen häufig in dem Ruf, zu abstrakt zu sein – und dadurch in der Praxis wenig Orientierung zu bieten. Dem kann man begegnen, indem man allgemeinere politische Zielsetzungen differenziert und konkretisiert. Eine Überarbeitung des Grundsatzprogramms wird in diesem Zusammenhang helfen, doch sie darf nicht losgelöst von der politischen Alltagspraxis bleiben. **Ein zu großer Abstand zwischen programmatischer Grundlegung und tagespolitischem Handeln führt dazu, dass das Grundsatzprogramm – wie bisher – im öffentlichen Diskurs kaum wirksam wird.**

Was bei der Überarbeitung des Grundsatzprogramms parallel geschafft werden muss, ist eine normative und strategische sowie politisch konkretisierende Orientierung unterhalb

grundlegender Programmelemente, aber oberhalb eines Wahlprogramms für eine einzelne Legislaturperiode. Darin muss für die Gesellschaft erkennbar werden, wie die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität aus ihrer Abstraktion herausgeholt und in der politischen Realität umgesetzt werden sollen. Es braucht einen strategischen Plan für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre, der normative und programmatische Grundlinien mit politischer Umsetzbarkeit verbindet.

Vor diesem Hintergrund bietet es sich an, den zwölfjährigen Zeitrahmen des sozialdemokratisch durchgesetzten Sondervermögens für Infrastruktur gezielt zu nutzen, um ein ambitioniertes Zukunftskonzept zu entwickeln, das normative Orientierung mit Einzelpolitiken überzeugend und wahrnehmbar verbindet. Wo soll Deutschland im Jahr 2040 stehen – gesellschaftlich, wirtschaftlich, sozial, ökologisch, kulturell und nicht zuletzt als Teil Europas? Dieses Investitionspaket bietet eine historische Chance, die Infrastruktur des Landes zu modernisieren und zugleich normative Ziele für eine bessere Gesellschaft zu verwirklichen: eine freie und solidarische, freundliche, kooperierende und dadurch leistungsstarke Gesellschaft, gerechtere

Teilhabe, Klimaneutralität, digitale Souveränität und einen widerstandsfähigen, zukunftsfähigen (Sozial)staat. Ein solcher strategischer Rahmen verleiht einem finanzpolitischen Instrument erst eine klare normative Richtung. **Er knüpft damit an die Tradition sozialdemokratischer Fortschrittsversprechen an und macht die SPD zur treibenden Kraft eines gerechten, solidarischen, leistungsstarken und nachhaltigen Aufbruchs in der Gesellschaft.**

Neue gesellschaftliche Wurzeln

Im Rahmen einer erneuerten transformativen Politik muss die Sozialdemokratie auch Wege finden, sich wieder besser in der veränderten Gesellschaft zu verankern. Wie schon in früheren Zeiten hängt dies auch mit einer kulturellen Einbettung als gesellschaftlicher Dienstleister zusammen. Nicht nur Solidarität verkünden, sondern auch vor Ort helfen! Natürlich lassen sich in den 2020er Jahren keine klassischen Bildungs- oder Sportvereine als parteinahe Strukturen einfach wiederbeleben – diese Lücken sind längst von anderen Organisationen gefüllt. Aber es gibt

innovative Ansätze, wie eine solche parteipolitische Dienstleistungsrolle aussehen kann. Analog wie digital.

Ein Beispiel dafür lieferte Die Linke im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 mit einem Online-Mietpreisrechner. Nutzerinnen und Nutzer konnten durch Eingabe ihrer Mietdaten ermitteln, inwieweit ihre Kosten über dem ortsüblichen Vergleichswert lagen. Der Mietpreisrechner war damit nicht nur ein niedrigschwelliges Informationsangebot, sondern ein konkretes Instrument zur Selbstermächtigung im Alltag – und ein Kommunikationsmittel, das politische Forderungen direkt mit persönlicher Lebensrealität verknüpfte.

Ein weiterer zentraler Ansatz besteht darin, die Sozialdemokratie als treibende Kraft und Organisator gesellschaftlichen Austauschs und demokratischer Partizipationsprozesse – insbesondere auf kommunaler Ebene – neu zu verankern. Beteiligungsverfahren sind dabei mehr als bloße Instrumente politischer Teilhabe: Sie schaffen gesellschaftliche Vernetzung und ermöglichen direkte, dialogische Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern. „Die Kommunen stärken“ – auch politisch und partizipatorisch – an diesem Ziel können heute viele anschließen.

Ein besonders geeigneter Anknüpfungspunkt bietet sich aktuell mit den bundesweit gesetzlich vorgeschriebenen kommunalen Wärmeplanungen. Sie eröffnen die Chance, Beteiligungsprozesse vor Ort anzustoßen, in denen nicht nur technische Fragen geklärt, sondern auch grundlegende Richtungsentscheidungen getroffen werden: Wie soll sich die eigene Kommune im Zuge der ökologischen Transformation weiterentwickeln? Welche Prioritäten setzen wir gemeinsam – sozial, wirtschaftlich und ökologisch? Das ist gerade auch in kleineren Kommunen und auf dem Land wichtig. Im Zuge dessen entstehen dringend benötigte öffentliche Räume, in denen die Bürgerinnen und Bürger zusammenkommen und ihre gemeinsamen Angelegenheiten besprechen können. **Solche Prozesse machen Politik greifbar und schaffen Vertrauen. Die Sozialdemokratie kann hier eine gestaltende Rolle einnehmen – als Ermöglicher eines demokratischen Aufbruchs von unten.**

Erneuertes Vertrauen

Eine transformative Politik und neue gesellschaftliche Verankerung sind notwendige, aber keine hinreichenden Bedingungen für ein erneuertes

Vertrauen in sozialdemokratische Politik. Verlorenes Vertrauen entsteht nicht vorrangig durch Programme oder Strukturen – es muss über Personen, die in der Öffentlichkeit und auch vor Ort für die Sozialdemokratie „zeugen“, wieder neu aufgebaut werden. Erst wenn politische Akteure glaubwürdig für bestimmte Werte und Ziele stehen, kann dieses Vertrauen auch institutionell auf die Partei als Ganzes zurückwirken. Gerade in Zeiten des Populismus, der vom systematischen Misstrauen gegenüber Institutionen lebt, ist diese persönliche Dimension von zentraler Bedeutung.

Niklas Luhmann hat **Vertrauen als Mittel zur „Reduktion von Komplexität“** in einer immer unüberschaubareren Welt beschrieben. Vertrauen in politische Akteure, Institutionen oder Parteien bedeutet, dass Bürgerinnen und Bürger nicht jede einzelne Entscheidung im Detail prüfen müssen oder wollen, sondern davon ausgehen können, dass diese im Sinne des Gemeinwohls getroffen werden. Wird dieses Vertrauen in einer Situation steigender gesellschaftlicher Komplexität immer wieder enttäuscht oder schwindet es ganz, dann sind Unsicherheit, Polarisierung und politische Destabilisierung die Folge.

Politisches Vertrauen entsteht daher in erster Linie durch das glaubwürdige Handeln von Personen, denen man zutraut, auf der Grundlage eines klaren politischen Kompasses die richtigen Entscheidungen zu treffen. **In dieser entscheidenden Dimension des Vertrauens zeigt sich das notwendige Zusammenspiel aus prägnanter, durch konkrete Politiken gestützter, Vision, gesellschaftlicher Verankerung, persönlicher Integrität, politischer Kreativität sowie politischem Realitätssinn derer, die – wo auch immer – politisch verantwortlich handeln. Eine überzeugende politische Haltung speist sich genau aus diesem Zusammenspiel – und wird so kommunizierbar und anschlussfähig.**

Schlussfolgerungen

Die seit Jahrzehnten währende sozialdemokratische Krise, die im historischen Tiefpunkt der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 ihren bisher dramatischsten Ausdruck fand, macht eine grundlegende Erneuerung sozialdemokratischer Politik unumgänglich. Es braucht einen Paradigmenwechsel. Dafür müssen wir den langfristigen Ursachen der Krise

ehrlich ins Auge sehen und den gescheiterten transaktionalen Politikansatz durch eine transformative Politik ersetzen, die eine ansprechende und motivierende gesellschaftliche Vision vermittelt und die gesamte Gesellschaft zusammenführt.

Vertrauen, das Fundament einer solchen Erneuerung, entsteht nicht durch kurzfristige taktische Manöver, sondern wird in erster Linie zurückgewonnen durch glaubwürdige Personen, die politische Inhalte authentisch und konsequent verkörpern. Die Aufgabe besteht nun darin, eine neue transformative Politik zu entwickeln, neue gesellschaftliche Verankerungen zu schaffen und verloren gegangenes Vertrauen aktiv zurückzugewinnen. Dies bedarf einer umfassenden programmatischen, organisatorischen und personellen Erneuerung.

Nur so kann die SPD ihre historische Rolle als gestaltende Kraft für eine freie, gerechte, und solidarische, eben eine nachhaltige Gesellschaft im 21. Jahrhundert wieder glaubwürdig ausfüllen – und durch die vertrauensvolle Wahrnehmung dieser Rolle auch wieder Wahlen gewinnen.